

## INHALT

1. Wie kann CCS nach dem Scheitern des Gesetzes im Bundesrat ausgeschlossen werden?
2. Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte in erster Lesung behandelt
3. Landesfischereigesetz in 2. Lesung verabschiedet
4. Energiepolitik und Klimaschutz gehören zusammen
5. Planungssicherheit für Schleswig-Holsteins Hochschulen
6. Schleswig-Holstein bekommt ein Weiterbildungsgesetz
7. Neuer Flüchtlingsbeauftragter für Schleswig-Holstein

05.10.2011

### Wie kann CCS nach dem Scheitern des Gesetzes im Bundesrat ausgeschlossen werden? Aktuelle Stunde im Landtag

Unmittelbar nach dem Scheitern des CCS-Gesetzes im Bundesrat hatten CDU und FDP zu diesem Thema eine „aktuelle Stunde“ beantragt. Sie wollten wissen, wie CCS unter schleswig-holsteinischem Boden jetzt noch verhindert werden kann. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen machte heute (05. Oktober 2011) im Landtag deutlich, dass die bürgerliche Koalition weiter kämpfen werde. Allerdings sei die Ausgangsposition jetzt schlechter. Denn die SPD-geführten Länder hätten das Gesetz abgelehnt, weil sie für CCS seien und die von Schleswig-Holstein durchgesetzte Länderklausel verhindert wollten.

CDU-Fraktionschef Johannes Callen machte die Doppelzüngigkeit insbesondere von SPD-Landes- und Fraktionschef Stegner deutlich: „Sie schwingen hier in Schleswig-Holstein große Reden, aber wo sind denn Ihre klaren Worte im SPD-Bundsvorstand oder auf Bundesparteitagen, Herr Stegner?“, fragte er. Callen zitierte aus einem Beschluss der Bundes-SPD vom 30. Mai 2011, in dem es wörtlich heißt: „Wir werden CCR und CCS in Deutschland entwickeln und helfen, diese Technologien auch international verfügbar zu machen“. Sowohl SPD-Chef Sigmar Gabriel als auch der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier hatten folgerichtig in den letzten Monaten die Länderklausel abgelehnt, weil sie aus SPD-Sicht CCS verhindert hätte: „Wie kann Herr Stegner behaupten, die Länderklausel taue nichts, wenn seine Parteifreunde aus dem Bund und den Nachbarländern sie genau wegen ihrer Wirksamkeit ablehnen?“, setzte Callen nach.

Deutlich wurde die SPD-Position auch aus der Begründung eines Antrages der Freien und Hansestadt Hamburg im Bundesrat. In diesem wurde die Länderklausel unter anderem deshalb abgelehnt, weil dadurch nach erfolgreicher Erprobung nicht die Voraussetzungen dafür

geschaffen werden könnte, um die kommerzielle und großtechnische Anwendung in Angriff zu nehmen.

Das CCS-Gesetz mit der Länderklausel wäre gelebte Subsidiarität gewesen, betonte Callsen. „Das ist das, was wir von Europa immer fordern. Und deshalb werden wir weiter für eine Länderklausel kämpfen. Denn wir werden auch weiter alles tun, um CCS in Schleswig-Holstein zu verhindern“.

Gemeinsam mit der FDP will die CDU jetzt eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, mit der CCS in ganz Deutschland verboten werden soll: „Nach den Äußerungen von Grünen und SSW bin ich zuversichtlich, dass zumindest diese beiden Fraktionen unseren Weg unterstützen werden. Und dann wird sich heraus stellen, welche Einflussmöglichkeiten Herr Stegner auf die SPD-Bundesspitze und die SPD-Ministerpräsidenten in den Kohleländern hat“, so Callsen abschließend.

Das Positionspapier der Bundes-SPD finden Sie unter:

[http://www.spd.de/scalableImageBlob/12634/data/20110601\\_akt\\_neue\\_energie-data.pdf](http://www.spd.de/scalableImageBlob/12634/data/20110601_akt_neue_energie-data.pdf)

Den Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg finden Sie unter:

[http://www.bundesrat.de/cln\\_228/SharedDocs/Drucksachen/2011/0401-500/487-3-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/487-3-11.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_228/SharedDocs/Drucksachen/2011/0401-500/487-3-11,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/487-3-11.pdf)



Johannes Callsen, MdL

---

### **Gesetz zur Konsolidierung kommunaler Haushalte in erster Lesung behandelt Konsolidierungshilfe unter klaren Bedingungen und Zielvorgaben**

Heute diskutierte der Schleswig-Holsteinische Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Konsolidierung kommunaler Haushalte. Dieses Gesetz soll den klammen Kommunen in Schleswig-Holstein helfen, ihre Fehlbeträge, die sich im Jahr 2009 bereits auf 734 Mio. Euro beliefen, zu reduzieren. Allein 60 Prozent dieser Summe entfallen auf die vier Kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster. Weitere 179 Mio. Euro verzeichnen die Landkreise.

Die CDU-Abgeordnete Astrid Damerow betonte, dass eine der wichtigsten Voraussetzungen kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten die finanzielle Handlungsfähigkeit sei. „Genau hier setzt der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung an – und dies ist eine große Anstrengung für das Land und die kommunale Familie.“

Der größte Teil der Finanzierung werde hierbei jedoch durch die Kommunen selbst aufgebracht werden müssen. Das Land stellt dazu eigene Mittel in Höhe von 15 Millionen Euro jährlich zur Verfügung. Weitere 15 Millionen Euro kommen aus dem kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuererhöhung. Hinzu kommen 15 Millionen Euro aus den Schlüsselzuweisungen. Dies sind mit den bisherigen bestehenden Mitteln aus dem Bedarfsfond in Höhe von 50 Millionen Euro, insgesamt 95 Millionen Euro.

Das bedeute, die gesamte kommunale Familie werde hier in einem solidarischen Kraftakt helfen, betonte Damerow. Im Gegenzug könne von den Empfängern dieser Konsolidierungshilfe erwartet werden, dass sie deutliche Anstrengungen unternehmen, um ihre Defizite zu verringern.

Den Entwurf des Gesetzes finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1868.pdf>



Astrid Damerow, MdL

---

## **Landesfischereigesetz in 2. Lesung verabschiedet** **Wichtige Änderungen im Interesse der Betroffenen**

Heute hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in zweiter Lesung ein neues Landesfischereigesetz beschlossen. Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des Umwelt- und Agrarausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Klaus Klinckhamer, verwies in seiner Rede nochmals auf die Historie dieses Gesetzes.

„Schon in der Großen Koalition hatten wir uns auf eine Neufassung des Landesfischereigesetzes verständigt, zu der es aber aufgrund der vorzeitigen Beendigung der Legislaturperiode nicht mehr kam.“ Die jetzige Koalition aus CDU und FDP habe sich dann nochmals intensiv mit dem Gesetz befasst. „Wir haben jetzt ein Gesetz vorliegen, das in vielen Bereichen schlanker und deutlicher geworden ist“, so Klinckhamer. Er verwies darauf, dass der Gesetzentwurf eng mit der Fischerei abgestimmt sei.

In dem jetzigen Gesetz wurde unter anderem die Hege neu gefasst. Der bislang verwendete Begriff „regionalheimische Tiere“ habe in der Vergangenheit wegen seiner rechtlichen Unbestimmtheit zu Auslegungsproblemen geführt. Er werde daher im Einklang mit der Formulierung im Bundesnaturschutzgesetz durch die Begriffe „heimisch und nicht gebietsfremden Fischen“ ersetzt. „Entscheidend bleibt, dass die Besatzmaßnahmen nicht zu einer Beeinträchtigung der natürlichen Lebensgemeinschaft führen dürfen“, erklärte der CDU-Abgeordnete.

Weiterhin wurde zum Beispiel die Ausstellung eines Fischereischeins – des Touristenangelscheins – auch für Personen, die in Schleswig-Holstein wohnen, ermöglicht. Dies war bisher nicht der Fall. „Zukünftig kann jeder Antragsteller - unabhängig vom Wohnsitz - eine auf 28 aufeinander folgende Tage befristete Ausnahmegenehmigung beantragen. Auf die Einhaltung tierschutzrechtlicher Bestimmungen wird in einem Merkblatt hingewiesen, dass bei Erteilung der Ausnahmegenehmigung ausgehändigt wird“, so Klinkhammer.

Die weiteren Regelungen des neuen Landesfischereigesetzes finden Sie unter:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1871.pdf>



Klaus Klinckhamer, MdL

---

### **Energiepolitik und Klimaschutz gehören zusammen**

#### **Landesregierung legt auf Initiative von CDU und FDP integriertes Energie- und Klimakonzept vor**

Energiepolitik und Klimaschutz gehören bekanntlich zusammen. Deshalb hatten die Fraktionen von CDU und FDP in der März Sitzung des Landtages ein integriertes Energie- und Klimakonzept für Schleswig-Holstein gefordert. Dieses liegt nun vor und wurde heute (05. Oktober 2011) diskutiert.

„Nach dem Aus für die Kernenergie in Deutschland wird der Umstieg auf Erneuerbare Energien in den nächsten Jahren zu einem nationalen Kraftakt. Und dieses Konzept zeigt: Schleswig-Holstein ist mit dieser Landesregierung Vorreiter bei der Energiewende“, stellte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen in der Debatte fest.

Wirtschaftsminister Jost de Jager zeige einen überzeugenden und richtungweisenden Weg auf, wie langfristig der Ausbau der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein gelingt. Ziel der Landesregierung und der CDU sei es, die Klimaschutzziele zu erreichen und die sich ergebenden Chancen für Wachstum und Beschäftigung im Land zu nutzen.

Das energie- und klimaschutzpolitische Konzept für Schleswig-Holstein sei auf vier elementare Zielsetzungen ausgerichtet:

- 1) Versorgungssicherheit
- 2) tragfähige Energiepreise
- 3) umweltfreundliche Energieerzeugung und Energieeinsparung
- 4) die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen

Besonders bei der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen sei Schleswig-Holstein auf dem besten Weg, die Ziele der Bundesregierung nicht nur zu erfüllen, sondern deutlich bessere Werte zu erreichen. Bereits heute liege das Land bei einem Minus von 26 Prozent und sei damit besser als geplant. Durch den Ausstieg aus der Kernenergie werde auf die drei weiteren Zielsetzungen Versorgungssicherheit, tragfähige Energiepreise und umweltschonende Energieerzeugung und –nutzung noch mehr Gewicht gelegt werden müssen.

Auf Grund der starken Schwankungen bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien (Windstärke und Sonnenscheindauer) werden mehr Speicher und intelligente Netze benötigt. Mit der Kooperation z. B. mit Norwegen und der mittlerweile vorgenommenen Korrektur der destruktiven Gestaltung der Oberflächenwasserabgabe durch die ehemalige rot-grüne Landesregierung habe die CDU-geführte Landesregierung die richtigen Weichen gestellt.

Auch im Hinblick auf intelligente und leistungsfähige Stromnetze habe die Landesregierung Tempo gemacht. So habe Wirtschaftsminister Jost de Jager gemeinsam mit Vertretern der Netzbetreiber eine Vereinbarung zur Beschleunigung des Netzausbaus unterzeichnet. „In dieser Vereinbarung ist als zentrales Element selbstverständlich auch die fortlaufende Bürgerbeteiligung enthalten. Ziel ist es, die Bedürfnisse und Bedenken der Menschen schon im Vorfeld ernst zu nehmen, so dass gemeinsam die besten Lösungen gefunden und kostspielige Verzögerungen bei der Umsetzung vermieden werden können“, betonte Callsen.

„Der eingeschlagene Weg ist unumkehrbar und er bietet Chancen für Schleswig-Holstein. Wir können ihn zügig gehen oder schleppend beschreiten. Diese Landesregierung hat sich zu Recht für Tempo entschieden“, so der Fraktionschef abschließend.

Antrag für ein integriertes Energie- und Klimakonzept:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1400/drucksache-17-1408.pdf>

Integriertes Energie- und Klimakonzept der Landesregierung:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1851.pdf>



Johannes Callsen, MdL

---

### **Planungssicherheit für Schleswig-Holsteins Hochschulen Mittel trotz dramatischer Haushaltslage erhöht**

Auf Antrag von LINKEN und Grünen befasste sich der Landtag heute (05. Oktober 2011) erneut mit der Situation der Hochschulen in Schleswig-Holstein. Die Anträge der beiden Fraktionen

hätten noch einmal erhebliche zusätzliche Mittel für die Hochschulen erforderlich gemacht.

Für die CDU-Landtagsfraktion stellte deren hochschulpolitischer Sprecher, Daniel Günther, fest, dass den Hochschulen trotz der dramatischen Haushaltslage durch das Land immer wieder größtmögliche - auch finanzielle - Unterstützung zu Teil wird.

Günther belegt dies anhand der Haushaltszahlen: „Die Ausgaben für Hochschulen wurden von 409 auf 427 Millionen Euro pro Jahr im Vergleich der Haushaltsjahre 2011 und 2012 gesteigert. Dies geschah unter anderem durch die Bereitstellung der Komplementärmittel im Rahmen der Hochschulpakete.“ Durch garantierte Mittel aus den Zielvereinbarungen hätten die Hochschulen auch Planungssicherheit.

Der CDU-Abgeordnete verschwieg nicht, dass Schleswig-Holstein und seine Hochschulen vor enormen Herausforderungen stünden. Die aktuelle Entwicklung der Studienanfängerzahlen setze die Hochschulen weiter unter Druck. „Hier dürfen und werden wir die Hochschulen nicht alleine lassen“, so Günther.



Daniel Günther, MdL

---

### **Schleswig-Holstein bekommt ein Weiterbildungsgesetz CDU setzt auf den Prozess des lebenslangen Lernens**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich heute in erster Lesung mit einer Runderneuerung des Bildungsfreistellungs- und Qualifizierungsgesetzes beschäftigt. „Die CDU versteht die Weiterbildung als eigenständigen und gleichberechtigten Teil des Bildungswesens. Auch deshalb heißt das Gesetz jetzt Weiterbildungsgesetz“, so die zuständige Sprecherin Marion Herdan.

Herdan betonte in ihrer Landtagsrede nicht nur die inhaltliche Neuausrichtung des Gesetzes, sondern auch den veränderten Blickwinkel. „Hier geht es nicht mehr um den formalen Akt der Bildungsfreistellung. Der Fokus liegt jetzt auf dem Prozess der Weiterbildung und der an ihr beteiligten Menschen und Einrichtungen insgesamt.“

Neue Aspekte wie der zunehmende Fachkräftemangel und die Integration und Inklusion werden in dem neuen Gesetz stärker als bisher berücksichtigt. Weiterhin gehe es um verstärkte Bemühungen, Frauen den beruflichen Wiedereinstieg zu ermöglichen und ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu fördern. „Nach Auffassung der CDU nehmen die Volkshochschulen in allen Bereichen der Weiterbildung eine herausragende Stellung im Lande ein, die durchaus über eine reine Grundversorgung hinausgeht“, unterstrich Herdan.

Gleichzeitig werden mit der Gesetzesnovellierung Anregungen der „Kommission Weiterbildung“, einer gemeinsamen Einrichtung von Kammern, Verbänden und Vereinen, aufgegriffen und umgesetzt. Auch aus der weiteren Diskussion in den Ausschüssen würden darüber hinaus sicher noch der ein oder andere Aspekt mit einfließen, so die Bildungspolitikerin abschließend.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1800/drucksache-17-1854.pdf>



Marion Herdan, MdL

---

### **Neuer Flüchtlingsbeauftragter für Schleswig-Holstein** **Stefan Schmidt ist ein Mann von hoher moralischer Integrität**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat heute den früheren Kapitän des Flüchtlingsrettungsschiffes „Cap Anamur“, Stefan Schmidt, zum neuen Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen gewählt. Die Entscheidung viel einstimmig. Schmidt tritt damit am 1. Januar 2012 die Nachfolge des bisherigen Flüchtlingsbeauftragten Wulf Jöhnk an.

Schmidt wurde bekannt, als er 2004 als Kapitän der „Cap Anamur“ vor der italienischen Küste 37 Afrikaner aus einem steuerlosen Schlauchboot rettete. Weil er die Flüchtlinge nach Italien brachte, wurde er in Rom wegen Vergehen gegen die Einreisebestimmungen angeklagt, auf internationalen Druck aber freigesprochen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Axel Bernstein, sagte zu der Wahl: „Stefan Schmidt zeichnet sich durch eine hohe moralische Integrität aus. Das Amt ist bei ihm in besten Händen.“

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)